

Landkreis Vorpommern-Rügen

1. Wahlperiode

Antrag

Einreicher:
Kreistagsfraktion DIE LINKE

Vorlagen Nr.:
A/1/0059

Status: öffentlich

Gremium	Zuständigkeit	Sitzungstermin
Kreistag Vorpommern-Rügen	Entscheidung	25.02.2013

Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Unterstützung des Appells der Landkreise, kreisfreier Städte und Kommunen"

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen unterstützt den Appell der Landkreise, kreisfreier Städte und der anderen Kommunen, in dem verlangt wird die Sorgen der „Kommunalen Familie“ ernst zu nehmen und in den darin außerdem geforderten Positionen der weitere Umsetzung der Kreisgebietsreform einer deutlich intensivieren Begleitung durch die Landespolitik zukommen zu lassen, sowie eine vertrauensvolle und enge Kooperation zwischen Landesregierung und Kommunen auf den Weg zu bringen.
2. Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen schließt sich der Erwartung des Landkreistages nach vorbehaltlosen Gesprächen mit der Landesregierung an und teilt die Forderung, wonach sämtliche Umstellungskosten der Kreisgebietsreform vom Veranlasser bezahlt werden müssen.
3. Der Kreistag des Landkreises Vorpommern-Rügen fordert den Landrat auf, sich weiterhin bei den bevorstehenden Gesprächen mit der Landesregierung mit Nachdruck u. a. dafür einzusetzen, dass
 - die Novellierung des Finanzausgleichsgesetzes mit dem Ziel einer aufgabengerechten Finanzausstattung der Landkreise und aller anderen Kommunen auf den Weg gebracht wird,
 - Kosten, die im Zusammenhang mit der Landkreisneuordnung entstanden sind bzw. entstehen, vollumfänglich vom Land übernommen werden,
 - Die laufenden Verhandlungen zum „Zukunftsvertrag“ zwischen dem Land und der kommunalen Ebene zügig und mit verbindlichen Regelungen abgeschlossen werden,
 - Einsparvorgaben des Landes gegenüber der kommunalen Ebene nicht länger zu Lasten der so genannten freiwilligen Leistungen im Soziokulturellen Bereich und in der Kinder- und Jugendarbeit gemacht werden,

- Angesichts des beachtlichen Haushaltsüberschusses des Landes 2012 Kommunen mit besonders hohen gesetzlichen Aufgaben, u. a. auch für die Jugend- und Sozialhilfe, spürbar entlastet werden.

4. Der Landrat wird den Kreistag über Verlauf und Ergebnisse der Gespräche der Landkreise und kreisfreien Städte mit der Landesregierung fortlaufend informieren.

Begründung:

Mit diesem Appell untermauern wir als Kreistag die landesweiten Forderungen der kommunalen Familie und unterstützen den Landrat bei der Führung der Gespräche mit der Landesregierung.

gez. Christiane Latendorf
Fraktionsvorsitzende